

3./II. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Landtagsabg. Hué über den Streit in der Landtagsfraktion. Der sozialdemokratische Landtagsabg. Hué, der in der zehn Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus neben Braun, Haenisch und Leinert die Fraktionsminderheit bildet, die auf dem Standpunkt der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion steht, teilt in der „Essener Volkszeitung“ die Erklärung mit, welche die Minderheit der Vier zur Verlesung für die Etatsberatung im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen hatte. Er sagt dazu: „Der Unterschied zwischen unserem Vorschlag und der von Hirsch verlesenen Erklärung (der Fraktionsmehrheit der Sechs) besteht nur darin, daß wir die unstreitige Tatsache hervorheben, daß die Regierungen der uns nun feindlichen Länder immer noch keinerlei Friedensbereitschaft bekundet haben, immer noch von „Vernichtung“ und „Zerstückelung“ Deutschlands reden, während der Deutsche Reichskanzler am 9. Dezember seine Bereitschaft zur Entgegennahme von Friedensvorschlägen, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen, erklärt hat! Offiziell hat der Deutsche Reichskanzler so gesprochen, und nun bitte ich alle Parteigenossen und andere Friedensfreunde, reiflich zu überlegen, ob es von ihrem Standpunkt auch nur taktisch klug ist, die Reichskanzlerrede partout so auszulegen, wie es die Annexionisten hüben und drüben tun?! Gegen die Auslegung der Reichskanzlerrede durch Landsberg hat der anwesende Reichskanzler keinen Einspruch erhoben, woraus nach parlamentarischem und diplomatischem Gebrauch die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen sind. In der von Hirsch verlesenen Erklärung heißt es, der Reichskanzler habe „öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerlichen Annexionspläne mächtiger Wirtschaftsverbände“ gesprochen. Soll das so verstanden sein, daß er es „nichtöffentlich“ getan habe? Ist dem aber so, dann war es doppelt verfehlt, den Regierungsvertreter so mit den Annexionisten zusammen zu nennen — und zwar doppelt verfehlt im Interesse der Friedensfreunde! Die Erklärung der Fraktionsminderheit wolle den Friedensfreunden im Auslande sagen: die deutsche Regierung ist bereit, vernünftige Friedensvorschläge entgegenzunehmen, nur sorgt ihr dafür, daß eure Regierungen gleiche Erklärungen abgeben, damit endlich einmal die Friedensverhandlungen offiziell eingeleitet werden! Das ist die Stellung der Fraktionsminderheit und ich frage: Ist sie unsozialdemokratisch, ist sie gar etwa kriegsfeindlich?“